

Berliner Krise: Was ist zu tun?

Die Berliner Haushaltskrise hat zu den jetzigen Neuwahlen geführt. Sie zeigt, wie in dieser Gesellschaft die Staatskassen und die Bevölkerung für den Profit einiger Weniger ausgeplündert werden. Das sind nicht nur Landowsky und seine Geschäftsfreunde, sondern auch all die Unternehmen, die Millionen an Subventionen einstreichen unter dem Vorwand Arbeitsplätze zu schaffen.

Alle großen Parteien, die sich jetzt um die Plätze im Berliner Senat und im Abgeordnetenhaus drängeln, haben im Grunde dasselbe vor: weitere Sparmaßnahmen zu Lasten der Arbeitenden, Arbeitslosen, RentnerInnen und Jugendlichen. Die wachsende Armut in Berlin, die Arbeitslosigkeit und die Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher betreffen uns alle. Auch diejenigen, die noch einen festen Arbeitsplatz haben, denn deren Löhne und Arbeitsbedingungen geraten immer mehr unter Druck. Diese Probleme können nur bekämpft werden, indem alle gemeinsam ihre Interessen denen von Konzernen und Regierung entgegenstellen.

In diesem Sinne treten wir ein für:

Mehr Arbeitsplätze statt Stellenabbau im Öffentlichen Dienst

Alle großen Parteien wollen die dramatische Arbeitslosigkeit noch verschärfen. Der Abbau von 15.000 Stellen im Öffentlichen Dienst wurde schon jetzt angekündigt. Dabei fehlt es nicht an gesellschaftlich sinnvollen Aufgaben. In Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, im Nahverkehr, in Schwimmbädern... - überall fehlt schon heute Geld und Personal. Auch die geplante Fusion von BVG und privatisierter S-Bahn soll Stellen kosten und Arbeitsbedingungen verschlechtern. Statt weitere Kürzungen im öffentlichen Bereich hinzunehmen, sollten wir die Milliardengewinne der großen Unternehmen und Banken nutzen um unser Leben nach unseren Interessen zu gestalten.

Die Streichung aller Subventionen an die Privatwirtschaft

Jede Mark von unseren Steuergeldern, die den Unternehmen geschenkt wird, ist eine Mark zu viel. Es wird immer offensichtlicher, wie verlogen die ewigen Versprechungen sind, mit dem Geld Arbeitsplätze zu schaffen. Um unsere Bedürfnisse zu befriedigen, müssen wir alle bestimmen, was mit dem Geld passiert, das wir erarbeiten.

Keine weiteren Zahlungen an die Banken

Wir Arbeitenden haben die Schulden nicht gemacht! Wir konnten nicht entscheiden, an wen die Gelder fließen. Deshalb wollen wir auch nicht die Verantwortung dafür tragen. Alle etablierten Parteien erkennen die öffentlichen Schulden an und zahlen aus Steuergeldern fleißig Zinsen (12 Millionen täglich!). Damit werfen sie Geld, das wir für soziale Maßnahmen gut gebrauchen könnten, den Großaktionären der Banken in den Rachen.

Die Aufhebung des Bank- und Geschäftsgeheimnisses

Schluss mit der Mausehelei, Korruption und Bestechung zwischen Politik und Wirtschaft! All die Skandale beweisen, wie wirkungslos die "Kontrolle" durch parlamentarische Kommissionen ist. Alle Geschäftsbücher und geschäftlichen Bankverbindungen müssen offengelegt werden! Dann können wir selber feststellen, wo die Gelder bleiben und ob die Kassen wirklich leer sind. So können wir der Plünderung der öffentlichen Kassen einen wirksamen Riegel vorschieben.

Verbot von Entlassungen

Die Liste der Unternehmen, die in Berlin in den letzten Jahren Arbeitsplätze vernichtet haben ist lang: Alcatel, Siemens (Dynamowerk Spandau, Osram), Thyssen-Krupp (Stahlbau-Werk), Herlitz, Adtranz sind nur einige der bekanntesten. Viele von ihnen sind Konzerne, die Milliardengewinne verbuchen. Wir können es nicht hinnehmen, wenn sie kaltblütig hunderte ArbeiterInnen und ihre Familien in Armut stürzen. Unternehmen, die entlassen, müssen enteignet und unter demokratische Kontrolle der Beschäftigten gestellt werden.

Radikale Arbeitszeitverkürzung

Wir wollen die Arbeit gerecht verteilen. Während die einen zu viel arbeiten müssen, sind andere arbeitslos. Wenn alle die Chance bekommen zu arbeiten, müssen wir alle weniger arbeiten. Und das bei vollem Lohnausgleich und ohne Flexibilisierung. Dafür reicht die wirtschaftliche Produktivität schon lange. Wir brauchen Neueinstellungen statt Überstunden, Wochenendarbeit und Zusatzschichten.

Existenzgeld von 1.500 DM plus Warmmiete

Jeder Mensch hat das Recht auf ein würdiges Leben. Die Hetztiraden gegen "Sozialschmarotzer" und die entwürdigenden Schikanen gegen EmpfängerInnen von Sozial- und Arbeitslosenhilfe verfolgen ein Ziel. Sie sollen Arbeitslose dazu zwingen, Niedriglöhne und miserable Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Das führt zu einer Abwärtsspirale für alle Arbeitenden. Statt dessen ist diese Gesellschaft längst reich genug, allen ein Auskommen zu garantieren.

Gleiche Rechte für alle

In unserer Gesellschaft werden Frauen, ImmigrantInnen, Arbeitslose, Lesben und Schwule am meisten benachteiligt und diskriminiert. Einzelne Gruppen werden demagogisch für soziale Probleme verantwortlich gemacht. Die Konzerne und ihre Parteien und Medien wollen uns spalten und gegeneinander ausspielen. Sie versuchen damit unseren gemeinsamen Kampf gegen Ungerechtigkeit und Ausbeutung zu verhindern. Wir dürfen uns nicht spalten lassen. Jede diskriminierte Gruppe wird allein wenig Chancen haben. Deshalb müssen wir gemeinsam für alle gleiche Rechte erkämpfen und jeder Form der Diskriminierung entgegenreten!

Stopp der rechten Brandstiftung

Die Regierenden schieben Flüchtlinge ohne Skrupel ab und beurteilen ImmigrantInnen nach ihrer "Nützlichkeit". Damit gießen sie Wasser auf die Mühlen von NPD und rechten Skinheads. Dem Rechtsradikalismus müssen wir uns selbst entgegenstellen und diese Aufgabe nicht professionellen Heuchlern überlassen.

Wir dürfen uns nicht abfinden mit der bekannten Politik von CDU, SPD, Grünen und FDP. Auch die PDS kündigt dieselbe Sparpolitik an wie die anderen Parteien.

Doch es gibt eine Alternative: Wir können uns zusammenschließen - Menschen verschiedener Herkunft, aus Betrieben und Büros, Männer und Frauen, Junge und Alte - um gemeinsam für unsere Interessen zu kämpfen. Nur mit Streiks, Demonstrationen und anderen Massenaktionen können wir uns durchsetzen.

Für unsere Interessen am Arbeitsplatz brauchen wir wirklich kämpferische Gewerkschaften. Schluss mit den Beschwichtigungen, lassen wir die korrupten Gewerkschaftsführungen rechts liegen! Wir können selbst reden, organisieren und verhandeln. Um aber unsere weitergehenden Ziele zu erkämpfen, brauchen wir eine revolutionäre Organisation der Arbeitenden, die nur entstehen kann, wenn wir sie aus eigener Kraft aufbauen. Dazu will der RSB seinen Beitrag leisten.

Der RSB tritt zu diesen Berliner Wahlen nicht an. Dennoch ist es gut, wenn wir den Parteien von CDU bis PDS zeigen können, dass wir mit ihrem Sozialabbau nicht einverstanden sind. Daher unterstützt der RSB die Kandidatur der Sozialistischen Alternative - SAV im Bezirk Pankow.

Aber die wirklichen Entscheidungen werden nicht im Parlament getroffen. Wenn wir etwas verändern wollen, können wir uns nicht von irgendwelchen PolitikerInnen vertreten lassen, sondern müssen selbst handeln. Dies ist ein Vorschlag für ein Programm, das in kommenden Kämpfen durch die arbeitende Bevölkerung durchgesetzt werden muss. Wir wollen mit all denen, die sich zur Wehr setzen wollen, eine solche Bewegung gemeinsam aufbauen.

Für feste Arbeitsplätze und mehr Lohn: Gemeinsam gegen Konzerne & Regierung!

Kontakt: RSB Berlin
Postfach 170116
10203 Berlin

E-Mail: Berlin@rsb4.de
Internet: www.rsb4.de